Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Herausgeber:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 5. Sonnabend, den 31. Januar 1903. 7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gotha. In den Tarifunterhandlungen der Firma Bautz mit den Granitsteinmetzen ist eine Einigung zu Gunsten der Kollegen erzielt.

Horka. Pflastersteinarbeiter! Zum zweitenmal ist hier eine Lohnreduktion angekündigt, welche zurückgewiesen werden muß. Es ist darum Zuzug nach hier fernzuhalten.

Meißen. Die Granitsteinmetzen befinden sich in Tarifverhandlungen.

Ausländische Arbeiter.

Während der Jahre des Aufschwungs sind aus dem Auslande zahlreiche Arbeitskräfte nach Deutschland gezogen worden, entweder weil strichweise ein tatsächlicher Mangel an Arbeitern bestand, oder aber weil die Arbeitgeber billigere Arbeitskräfte beschäftigen wollten, als sie damals auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufzutreiben waren. Die Möglichkeit, diese billigen Arbeitskräfte massenhaft aus dem Ausland zu erhalten, war für die deutschen Arbeiter nicht nur, sondern für die ganze damalige wirtschaftliche Entwicklung höchst unvorteilhaft. Manches neue Unternehmen, das bei starkem Arbeitermangel ungegründet geblieben wäre, half redlich dazu mit, die Uebererzeugung, deren Folge die Krise war, herbeizuführen. Namentlich bezog der Kohlenbergbau diese billigen Arbeitskräfte mit Vorliebe. Aber auch in der Eisenindustrie, im Textil- und Baugewerbe nahm die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte einen erheblichen Umfang an. Als nun auf dem deutschen Arbeitsmarkte die Krise einsetzte und das Angebot so stark wurde, daß die Konkurrenz der heimischen Arbeiter untereinander die Lohnrichtung nach abwärts trieb, da stand man in den Kreisen der Arbeitgeber wie der Behörden der Frage der Behandlung der ausländischen Arbeiter recht ratlos gegenüber. Auf der einen Seite suchte man die ausländischen Arbeiter als die ersten Opfer der Krise aus, indem man sie nicht nur entließ, sondern sie auch des Landes verwies, auf der andern Seite aber fuhr man nach wie vor fort, den deutschen Arbeitsmarkt weiter durch das Angebot ausländischer Arbeitskräfte zu belasten. Die Versuche, die ausländischen Arbeiter abzuschieben, begannen etwa im Frühjahr 1901 und dauerten bis herein in das Jahr 1902. Im Mai 1901 waren in Mitteldeutschland manche Gegenden, vornehmlich die Regierungsbezirke Hildesheim, Hannover und Lüneburg, mit arbeitslosen Böhmen, Kroaten und Slowenen geradezu überschwemmt. Die bedauernswerten Menschen waren durch gewissenlose Agenten herangelockt worden. Etwa fünfhundert Kroaten, die sich in der Nähe von Hildesheim aufhielten, waren durch einen Landsmann nach dort verschleppt worden. Dieser hatte sich vor der Abreise aus der Heimat von jedem dieser Arbeiter eine Gebühr von 2 Mark zahlen lassen, suchte aber, als er sah, daß im Hildesheimischen keine Arbeit zu finden war, alsbald das Weite. Bis auf kleine Reste wurden diese Arbeiter abgeschoben. Als die Krise stieg und die Arbeitslosigkeit sich vermehrte, wandten sich auch die heimischen Arbeiter gegen die Beschäftigung von Ausländern. In Plauen beschwerten sich die ansässigen Bauarbeiter, daß sie Italienern, Kroaten und Tschechen hintangesetzt würden. In Halle klagten die Bauarbeiter, daß trotz der starken Arbeitslosigkeit der Einheimischen etwa 250 Ausländer am Rathausbau beschäftigt würden. In Sachsen wandte sich eine gewerkschaftliche Arbeitervereinigung gegen die Beschäftigung von Ausländern bei staatlichen Bauten. Auch Arbeitgeber sprachen sich nach dem Konjunkturumschlag gegen die Verwendung von Ausländern aus. So reichten z. B. die Industriellen der sächsischen Industriebezirke beim Ministerium eine Petition ein, worin beantragt wurde, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in staatlichen und privaten Betrieben Sachsens ganz zu verbieten. Auch Gemeindevertretungen befaßten sich mit der Frage, in einer Leipziger Stadtverordnetensitzung wurde die Ausweisung aller arbeitslosen Ausländer aus dem sächsischen Gebiete gefordert. Eine Reihe thüringischer Gemeinden ersuchte die Reichsregierung um ein Verbot der Masseneinwanderung tschechischer und polnischer Land- und Industriearbeiter nach Deutschland. Daß von Arbeitgeberseite gegen die Versuche der ausländischen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte Widerspruch erhoben wurde, erscheint natürlich. Industrielle und Vereinigungen von Arbeitgebern in Pommern, Sachsen und Thüringen petitionierten für die weitestgehende Zulassung von Ausländern. Die staatlichen Behörden nahmen zu der ganzen Frage weder eine feste noch eine einheitliche Stellung ein, sondern suchten beide Teile zu befriedigen. In einer Reihe von Bezirken verwies man die arbeitslosen Ausländer kurzerhand des Landes. So wurden sämtliche in den Dessauer Staatsbetrieben beschäftigten tschechischen Arbeiter ausgewiesen. In Halle wurden zahlreiche italienische Arbeiter abgeschoben. Aus Schweidnitz wurden 85 Kroaten an die österreichische Grenze befördert. Und in Liegnitz erhielten sämtliche in großer Anzahl beschäftigte tschechische Arbeiter im April 1902 den Landesverweis. Vielfach wurden die Baubehörden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß bei den staatlichen Bauten nur heimische Arbeitskräfte beschäftigt wurden. In Sachsen wurde den mit der Ausführung staatlicher Bauten betrauten Unternehmern zur Pflicht gemacht, einheimische Arbeiter, die infolge Arbeitsmangels unbeschäftigt sind und die sich um Arbeit bewerben, vorzugsweise zu beschäftigen und überhaupt deutsche Reichsangehörige vor Reichsausländern zu berücksichtigen. In Oberschlesien mischten sich sogar die Behörden in die Dispositionen einzelner Werks-Verwaltungen. Nach der Tagespresse wurden „auf Anraten von höherer Stelle“ 800 ausländische Arbeiter der Laurahütte und 130 der Wuldschinskyschen Werke Anfang 1902 entlassen. Alle diese Maßregeln waren aber so vereinzelt, daß sie nicht im mindesten mehr als einen lokalen Zweck erreichten. Ganz im Gegenteil. Noch selten war in einem Frühjahr der Zug ausländischer Arbeitskräfte so stark wie 1902. Namentlich von Italien aus wurde der deutsche Arbeitsmarkt überschwemmt. Der Zuzug setzte Anfang März ein. An einzelnen Tagen kamen bis zu 2000 Personen. Mitte April wurde die Zahl der über Konstanz nach Deutschland gekommenen Italiener schon auf mehr als 20 000 angegeben. Die Klagen über die erhöhte Verwendung von ausländischen Arbeitskräften verstummten daher nicht, sondern nahmen in verschiedenen Gegenden noch zu. Trotz der großen Arbeitslosigkeit in Berlin wurden z. B. beim Bau des Teltowkanals zahlreiche Ausländer eingestellt. Bei Erdarbeiten, Bauten, in der Ziegelei Süddeutschlands verdrängten die Ausländer die einheimischen Arbeitskräfte noch weiter. Aus dieser Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse ergibt sich, wie verkehrt bisher die vereinzelten Maßnahmen gegen ausländische Arbeiter waren. Sie charakterisierten sich als Härten gegen einzelne, ohne daß dem deutschen Arbeitsmarkt dadurch irgendwie ein Vorteil entstanden wäre. Denn bei der Fortdauer des starken Zuzugs, namentlich aus dem Süden, war gar nicht daran zu denken, daß die recht schädliche Konkurrenz der billigen ausländischen Arbeitskräfte durch partielle Abschiebungen auch nur im mindesten abgeschwächt werden kann.

Die Kaiserreden im Reichstag.

Gegenüber den kaiserlichen Reden, die vor kurzem gehalten wurden, nahm der bekannte Abgeordnete August Bebel, nachdem seinem Fraktionsgenossen v. Vollmar dies unmöglich gemacht worden, in der Sitzung vom 22. d. Mts. im Reichstag Stellung. Diese dreistündige Rede war eine Glanzleistung, wie sie im Reichstag noch kaum geboten wurde. Es kann deshalb nicht wunder nehmen, daß alle Abgeordneten, ohne Ausnahme, sowie die Vertreter des Bundesrats mit der größten Aufmerksamkeit diesem gewaltigen Redner zuhörten.

Eingehend hat die Parteipresse darüber bereits berichtet, aber ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder unterstützt dieselbe immer noch nicht, und deshalb ist bei wichtigen Ereignissen die Gewerkschaftspresse verpflichtet, die politische bis zu einem gewissen Grade zu ersetzen. Wir geben deshalb die Rede Bebels aus angeführtem Grunde auch im Steinarbeiter wieder.

Bebel führte aus:

Der Herr Reichskanzler wandte sich auch dagegen, daß man den Kaiser persönlich angreift. Gewiß trägt eine persönliche Kampfesweise immer mehr dazu bei, die Gegensätze zu verschärfen. Der gegenwärtige Kaiser ist seit jeher bei jeder Gelegenheit auf die Sozialdemokratie zu sprechen gekommen und hat seine Stimme gegen die Sozialdemokratie in der schärfsten und schneidigsten Weise erhoben. Der Kaiser hat sich ja wiederholt auch in den Kampf der politischen Parteien gemischt, ja als der Reichstag es ablehnte, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren, sich einmal direkt gegen die Majorität des Reichstags gewandt. Das Recht der freien Meinungsäußerung werden wir gewiß niemandem bestreiten. Aber es ist kein Zweifel: der Fürst genießt im konstitutionellen Staatsleben eine Ausnahmestellung, er ist staatsrechtlich unverantwortlich, ja sogar im hohen Grade strafrechtlich unverantwortlich. Wenn manche Reden, die in der letzten Zeit speziell gegen meine Partei in den denkbar schärfsten Ausdrücken gehalten sind, von irgend einem andern Manne gehalten wären und einer von uns hätte den Betreffenden verklagen wollen, so wäre der Redner zweifellos von jedem Richter wegen Beleidigung bestraft worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Presse kann ja nur in sehr vorsichtiger und gebundener Weise auf derartige Angriffe eingehen. Die Presse ist ja durch das Strafgesetzbuch gebunden, das gegenüber der sozialdemokratischen Presse in besonders scharfer Weise angewendet wird, zumal wenn es sich um den Kaiser handelt.

Auch ist die Auffassung des Reichskanzlers nicht haltbar, daß der Kaiser bei seinen Kundgebungen als Privatmann auftreten könne. Der Kaiser ist ebensowenig wie ein anderer Fürst jemals ein Privatmann. So oft der Kaiser sich irgendwo zeigt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre es vielleicht, wenn er als ein zweiter Harun al Raschid verkleidet in das Volk gehen wollte und in solcher Verkleidung etwa in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede gegen die Sozialdemokratie halten wollte. (Heiterkeit.) Da würden wir dann — nicht dem Kaiser, sondern dem Privatmann, dem Harun al Raschid die entsprechende Antwort geben können. Aber es ist ja ausgeschlossen, daß der Kaiser das tut. (Heiterkeit und Unruhe.) Die Lage, in der speziell wir Sozialdemokraten gegenüber diesen fortgesetzten Angriffen uns befinden, ist eine äußerst fatale. Wir werden angegriffen, heftig angegriffen und können nicht antworten. Daß dadurch ein Gefühl der Erbitterung, ja, des Hasses gegenüber der Person des Kaisers unter den Angegriffenen erwächst, wundern Sie sich darüber? (Bewegung.) Ist das nicht selbstverständlich? Ich frage die Herren auf der äußersten Rechten, die Loyalsten unter den Loyalen: wenn Sie so traktiert würden, wie wir seit vielen Jahren, würden Sie dann von denselben Gefühlen der Loyalität erfüllt sein? (Sehr gut! bei den Soz.) Es gab einmal eine Zeit, wo Sie da drüben (nach rechts) in sehr aigrierter Stimmung waren und wo in den konservativen Kreisen Preußens und Deutschlands mehr Majestätsbeleidigungen begangen wurden als irgendwo sonst im Deutschen Reich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das war im Anfang der 90er Jahre, in der Zeit Caprivis und Marschalls. Andere deutsche Fürsten treten nicht in dieser Weise hervor; ich weiß mich z. B. nicht zu entsinnen, daß ein sozialdemokratisches Blatt oder ein sozialdemokratischer Redner wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern oder des Königs von Württemberg oder des Großherzogs von Hessen bestraft worden wäre. Warum nicht? Die Herren beachten die Reserve, die ihnen ihre Stellung als konstitutionelle Fürsten auferlegt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Sie treiben, wenn ich mich so ausdrücken soll, keine persönliche, keine Parteipolitik. Das ist bei dem deutschen Kaiser anders. Der Reichskanzler hat dies gestern von seinem Standpunkt aus zu rechtfertigen versucht. Er sagte, daß der Kaiser nicht anderen gleiche, daß er eine energische Natur sei, die frei von der Leber weg spreche, und daß er kein Philister sei. Dies Wort hat mir ganz besonders gut gefallen. (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts und im Zentrum.) Nein, gewiß, das ist er nicht. Ich will auch nicht, daß die Fürsten Philister sein sollen, so wenig wie andere Leute — es giebt leider zu viele Philister in Deutschland. (Große Heiterkeit.) Der Kaiser braucht kein Philister zu sein und soll keiner sein nach meiner Meinung, aber die Art, wie er ist und besonders uns gegenüber ist, gefällt uns außerordentlich wenig, die mißfällt uns in höchstem Grade — das versteht doch der Reichskanzler! Und da ist es doch ganz natürlich, daß wir auch einmal das Bedürfnis haben — denn auch bei uns giebt es impulsive Natnren — (Große Heiterkeit) frei von Herzen unsere Meinung zu sagen. Aber wir können dies heute weder draußen noch hier im Reichstage tun, da der Präsident uns daran verhindert. Wenn ich hier, ganz abgesehen von dem vorgestrigen Fall, in dem Tone gegenüber dem Kaiser redete, wie er gegenüber der Sozialdemokratie, dann ginge es mir schlecht. (Unruhe.) Also auch hier

muß ich mir außerordentliche Reserve auferlegen, obgleich auch ich zu den impulsiven Naturen gehöre. (Große Heiterkeit.)

Hören wir nun, was von jener Stelle seit etwa 13 Jahren in einer ganzen Reihe von Variationen gegenüber dem „inneren Feinde" gesprochen worden ist. Da wurde gegenüber einer Deputation der Bergarbeiter 1889 gesagt: „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind". (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 2. September 1895 werden wir eine „Rotte von Menschen" genannt, „nicht wert den Namen Deutsche zu tragen!" (Hört, hört! b. d. Soz.) Am 13. Oktober 1895, nach Ermordung des Fabrikanten Schwartz in Mülhausen, für die wir so wenig konnten wie jeder andere, wurde gesagt: „Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angefachten revolutionären Bewegung". (Wiederholte Rufe: Hört, hört! b. d. Soz. Bewegung.) 1891 wurde auseinandergesetzt, daß die Soldaten „dem Kaiser unbedingten Gehorsam schuldig seien, selbst wenn er den Befehl gäbe, auf Vater und Mutter zu schießen!" Dabei wurde wieder direkt auf die Sozialdemokratie hingewiesen. So ist es unausgesetzt gegangen. Und nicht allein die Partei in Bausch und Bogen wurde verurteilt, sondern in den letzten Reden sind die schärfsten Angriffe gegen uns als Vertreter der Partei gerichtet. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Da werden die deutschen Arbeiter aufgefordert, sich von uns loszusagen, als von „gefährlichen Menschen", die wir seien. Wenn die stärkste Partei Deutschlands in dieser Weise behandelt wird, so sind das doch Dinge, die in der Politik des Deutschen Reiches, man mag auf einem Standpunkt stehen wie man will, eine sehr entscheidende Rolle spielen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir sind die weitaus stärkste Partei, wir werden es bei den nächsten Wahlen — das ist gar kein Bramarbasieren — in noch viel höherem Grade sein! Wir werden einstmals vielleicht — ich nehme das an — die entschiedene Mehrheit der Wähler, vielleicht die entschiedene Mehrheit der Abgeordneten haben, und gegenüber dieser Partei wird fortgesetzt in der Weise verfahren, wie es hier in den verschiedensten Variationen geschehen ist! Da heißt es: „Männer, die bisher als Deutsche gegolten, hätten sich dieses Namens unwürdig gemacht." (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Arbeiterklasse solle jede Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten ablehnen, sie sollen das Tischtuch zwischen sich und uns zerschneiden! Die deutschen Arbeiter sollten eine Lösung der vorhandenen Aufgaben in einer anderen Richtung finden, auf die auch die kaiserliche Botschaft von 1881 zu reden kommt; es wird erklärt, daß Deutschland dasjenige Land sei, wo unter bedeutenden Opfern der Arbeitgeber die Gesetzgebung in hohem Maße zum Wohle der Arbeiter fortentwickelt sei, wo jedem Arbeiter seine auskömmliche Existenz gesichert sei. In der betreffenden Rede heißt es dann weiter von uns Sozialdemokraten: „Aber statt Euch objektiv zu vertreten haben diese Agitatoren Euch aufzuhetzen versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. . . . Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu tun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nein! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten." (Hört, hört! — Bewegung.) Wenn der deutsche Kaiser wünscht, daß die deutschen Arbeiter, die mit uns nicht einverstanden sind, ihre besonderen Vertreter wählen im Gegensatz zu uns, so verstehe ich das. Das können die Arbeiter tun, und Sie, meine Herren (zur Mehrheit), Sie können ihnen ja helfen dazu, senden Sie nur Arbeitervertreter in den Reichstag hinein! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Aber wenn in einer solchen furchtbaren Weise mit den stärksten Worten, die die deutsche Sprache überhaupt kennt, die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit und wir Parteivertreter speziell angegriffen werden, dann ist es ganz selbstverständlich, **daß wir dagegen auf das allerenergischste protestieren und derartige Redeweise auf das allerentschiedenste als ungehörig und unzulässig zurückweisen!** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zwischenruf bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Graf Ballestrem** (unterbrechend): Der Zwischenrufer meldet sich nicht, ich kann infolgedessen nicht eingreifen. (Bewegung.)

Abg. **Bebel** (Soz.) (fortfahrend): Wir bemühen uns, objektiv zu sein. Wo Fürsten etwas in unserem Sinne Gutes gethan haben, haben wir das willig anerkannt. Auch dem Kaiser gegenüber! Was haben wir denn für einen Grund, gegen die Person von Fürsten zu sein? Als Republikaner sind wir Gegner der Monarchie, aber nicht Gegner der Fürsten. Es ist hier wie bei unserer Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft, für die wir auch nicht deren einzelne Mitglieder verantwortlich machen. (Sehr richtig, links.) Der Fürst ist als Fürst geboren. Kann er etwas dafür? (Heiterkeit.) Wenn er an etwas unschuldig ist, so ist er daran unschuldig. Durch den Zufall der Erstgeburt ist er Fürst geworden. Wenn also ein Fürst als Mensch menschlich ist, persönlich nicht gehässig gegen uns auftritt, dann werden wir ihm nie persönlich entgegentreten. Die Monarchie ist eine Institution, keine Personenfrage. Sie ist erwachsen auf historischer Grundlage. Deshalb sind wir ja auch die schärfsten Gegner der Anarchisten, die den Fürstenmord predigen. (Sehr richtig, links.) Es giebt keinen größeren Wahnsinn, als die Attentate auf Fürsten. Erstens weil die Fürsten persönlich unschuldig sind, zweitens weil die Anhänger der Monarchie nur dadurch gewinnen, drittens weil die Beseitigung einer Person nichts nutzt. (Sehr richtig, links.) Ich glaube, mit der Zeit wird diese Institution eine überwundene sein. Es ist gar nicht gesagt, daß das mit Gewalt geschehen muß. Es sind schon große Umgestaltungen sehr gemütlich vor sich gegangen. Aber wenn hier bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die stärksten Angriffe und Beschimpfungen gegen uns gerichtet werden, dann müßten wir nicht Menschen von Fleisch und Blut sein, wenn wir uns das gefallen ließen (Sehr richtig, links), und es ist ein Skandal für unsere Zustände, daß wir diesen Angriffen mit so gebundenen Händen gegenüberstehen. (Sehr gut, links.)

Nun eine andere Seite der Sache. Es muß doch mit den Angriffen ein Zweck verfolgt werden? Glaubt denn jemand hier, daß der Kaiser der von ihm vertretenen Richtung mit solchen Reden nützt? Glauben Sie wirklich, daß infolge der Reden die Monarchisten zahlreicher, die Sozialdemokraten geringer an Zahl geworden sind? Das gerade Gegenteil ist der Fall! Ungerechte Verfolgungen gereichen stets dem Verfolgten zum Vorteil. So war es beim Kulturkampf, ohne ihn würde das Zentrum nicht die heutige Bedeutung haben. (Sehr richtig!) So war es beim Sozialistengesetz. Herr v. Kardorff hat gestern nach einem neuen Sozialistengesetz geschrien. Er hat ja besondere Ideen, vielleicht spielt auch die Pietät für seinen Freund Stumm eine Rolle dabei. Aber, wenn er es sich einmal ruhig überlegt, wird er sich sagen müssen, ihm hat das Ausnahmegesetz nichts genutzt, aber uns. (Sehr richtig, links.) Das beweisen doch die Wahlziffern, die ständig gestiegen sind. Auf jede kaiserliche Rede rechne ich 100000 Stimmen Gewinn für uns. (Große Heiterkeit.) Die Autorität der Monarchie gewinnt nichts im Inlande und auch nichts im Auslande, wo doch der Eindruck des größten Zwiespalts zwischen der Krone und der stärksten deutschen Partei hervorgerufen wird. (Sehr richtig!) Nicht genug aber, daß der Kaiser gegen uns auftritt, jetzt kommt noch gar der Kronprinz (Große Heiterkeit.)

Dieser zwanzigjährige Herr redet auch schon von „Elenden". (Erneute Heiterkeit.) **Was hat denn dieser junge Herr für Verdienste** (Große Bewegung; Graf Ballestrem erhebt sich), **daß er sich so etwas erlaubt?** (Anhaltende Bewegung.) Wenn man uns „Elende" nennt, wir ärgern uns nicht darüber. Schließlich wird der Name zum Ehrennamen, so wie der Name Geusen — „Bettler" — einst zum Ehrennamen geworden ist. (Sehr gut!) Vielleicht nennen wir unseren künftigen Parteitag den Parteitag der „Elenden". (Unruhe rechts. Lebhaftes Bravo links). **Ich meine, der junge Mann hätte vorläufig wirklich anderes zu thun, als der stärksten Partei Deutschlands feindlich gegenüberzutreten, die Sozialdemokraten zu beleidigen. Das kann ihm für seine Zukunft als Thronerbe nicht sehr förderlich sein.**

Die Kaiserreden haben nun zu Loyalitäts kundgebungen geführt. Im Ruhrrevier, in Magdeburg, in Stettin sind die Arbeiter gezwungen worden, sich in den unwürdigsten Ausdrücken in Adressen an die höchste Person zu wenden. Das Unternehmertum hat die Schamlosigkeit soweit getrieben, die Abhängigkeit ihrer Arbeiter so auszunutzen, daß es die Arbeiter gezwungen hat, um Abänderung der Gesetzgebung zur eigenen Knebelung in diesen Adressen zu petitionieren. (Pfuirufe links.) In Zillerthal, im Riesengebirge, ist die neue Kaiserrede, in der von den guten Existenzbedingungen der Arbeiter die Rede ist, in den Sälen der dortigen mechanischen Weberei angeschlagen worden. Der gute Verdienst besteht dort in 2—7 Mk. Wochenlohn. Hungerlöhne! (Lebhafte Bewegung links.)

In vielen Fällen, ich nenne nur das Grusonwerk in Magdeburg, sind die Arbeiter, die sich weigerten, die Adressen zu unterschreiben, entlassen worden. Wir sagten ihnen: „Unterschreibt nur! Wollen die Arbeitgeber belogen sein, belügt sie nur." Die Erfolge waren auf unsrer Seite. In zwei Monaten hat das Parteiblatt im Ruhrrevier 6000 neue Abonnenten, der Vorwärts 10000 neue Abonnenten erhalten. Fahren Sie nur so fort. Daß dieses Treiben aber zur Korrumpierung und zur Vergiftung unsres ganzen Volkslebens führen muß, das ist zweifellos. (Sehr richtig! links.)

Wir haben Zustände, die einen Vergleich nur mit dem Rom der Cäsaren oder mit Byzanz zulassen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Byzantinismus auf der einen, Cäsarismus auf der andern Seite. Strebertum und Servilismus, der nirgends schlimmer auftritt, als in den oberen Klassen Deutschlands. Wer sich nur ein wenig umsieht, der weiß, welche Feigheit, welche Charakterlosigkeit, welch erschreckender Mangel an Mut überall vorhanden ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Alles kriecht, alles sucht Geld und Vorteil zu erbeuten. In der Tasche wird die Faust geballt, wenn der persönliche Vorteil ausbleibt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ja, Sie hätten alle Ursache, diesen fürchterlichen Krebsschaden im Volkstum durch gutes Beispiel zu beseitigen, den Mannesmut auch vor Königsthronen zu zeigen. (Lebhaftes, wiederholtes Bravo bei den Soz.) Noch ein paar Worte über die Wirkung des Zolltarifs zum Schluß. Wir sind bei den Kämpfen im Dezember scheinbar unterlegen, aber nicht dem Recht, sondern der Gewalt haben wir uns beugen müssen. Wenn eine Mehrheit um jeden Preis etwas will, dann setzt sie schließlich auch alles durch. Aber haben Sie denn Anlaß zu wirklicher Freude? Am wenigsten gewiß die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Es kracht in allen ihren Wahlkreisen. (Große Heiterkeit.) Es sind etliche in Ihren Reihen, die kommen gewiß das nächste Mal nicht wieder. (Erneute Heiterkeit.) (Abg. Dr. Sattler: Abwarten!) Wir können das ruhig abwarten. (Abg. Dr. Sattler: Sie sind berühmt als schlechter Prophet!) Sie denken nie an das, was eingetroffen ist an meinen Prophezeiungen und nur immer das, was zufällig nicht eingetroffen ist. (Große Heiterkeit.) Auch im Zentrum kracht's. Auf der einen Seite sind es die Arbeiter, auf der anderen die Bauern. Den Arbeitern haben Sie zuviel, den Bauern zu wenig gegeben. (Widerspruch im Zentr.) Nun sind Sie Unglückswürmer schlecht daran. (Große Heiterkeit.) Herr Bachem hat wahrhaft prophetische Worte gesprochen, als er sagte, der Zolltarif werde als Sprengpulver auf das Zentrum wirken. (Oh! oh! im Zentr.) Was uns betrifft, so haben wir ja nicht durchgesetzt, was wir wollten, aber Sie sind zu etwas gekommen, was Sie auch nicht haben wollten. Wir haben Sie gezwungen, den Tarif, den Sie erhalten haben, gutzuheißen, mit dem Sie innerlich gar nicht einverstanden sind. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Sie haben den Tarif gegenüber die Regierungsvorlage verschlechtert und damit unsere Agitationskraft gegen den Tarif gewaltig gesteigert. Wir sind die lachenden Dritten. Wir haben eine Wahlparole, wie sie günstiger nicht gedacht werden kann! (Ach! ach! im Zentrum) und, meine Herren, bei Philippi sehn wir uns wieder! (Stürmischer, wiederholter Beifall bei den Soz.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir ersuchen, bei Bestellung von Markenmaterial genau anzugeben, ob Verbandsmarken oder alte Beitragsmarken gemeint sind, da bei den vielen Bestellungen von alten Marken sonst leicht Irrtümer vorkommen können. Dasselbe gilt bei Bezahlung der Beitragsmarken.

Reste aus vorigem Jahre können nur mit alten Beitragsmarken beglichen werden.

Marken an Einzelzahler werden **nur** nach vorheriger Einzahlung des Betrages hier abgegeben.

* * *

Da uns bekannt geworden ist, daß Vertrauensleute irrtümlicherweise noch alte Quittungsbücher ausstellen, so erachten wir es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dies unstatthaft ist. Wir werden derartige Bücher nicht anerkennen und etwa darin geklebte Beitragsmarken für ungültig erklären. Im Interesse der sich organisierenden Kollegen selbst liegt es, in solchen Fällen diese Bücher zurückzuweisen und darauf zu dringen, ein neues Buch zu erhalten, da in allen Orten, die ihre alten Kontos geregelt haben, das Verbandsmaterial zur Stelle sein muß.

* * *

Einzelzahler müssen bei Einsendung ihrer Beiträge auch das Quittungsbuch mit beifügen.

* * *

Um auch in den Rubriken des Beitragsbuches, die arbeitslos oder krank abgestempelt werden müssen, eine einheitliche Geschäftsführung herbeizuführen, haben wir diesbezügliche Stempel anfertigen lassen, die wir zum Selbstkostenpreis abgeben. Um nun das von uns Angestrebte durchzuführen, ersuchen wir die Vertrauensleute, sich dieser Stempel zu bedienen resp. dieselben bei uns zu bestellen.

* * *

Für Reisende sei noch bemerkt, daß Kehlheim jetzt vier Tage Unterstützung auszahlt.

* * *

Da den wiederholten Aufforderungen, die Restkontos zu begleichen, vielfach nicht nachgekommen worden ist, sehen wir uns genötigt, die Lieferung des Steinarbeiters für diese Orte einzustellen. Für alle andern Orte, die das IV. Quartal noch nicht bezahlt haben, setzen wir hiemit eine Frist von 14 Tagen, bis zu welcher Zahlung zu leisten ist. Im Nichtzahlungsfalle werden wir dann die Restanten veröffentlichen und die Lieferung des Steinarbeiters ebenfalls einstellen. Des weiteren ersuchen wir, nun endlich die alten Organisationskontos zu begleichen.

* * *

Die im Quittungsbuch empfohlenen Futterale sind von uns noch nicht zu erhalten, da uns wegen des Preises Bedenken beigekommen. Möge jede große Zahlstelle sich dieselbe am Orte selbst anfertigen lassen.

* * *

In der Gaueinteilung in voriger Nummer muß es heißen: Die in die Gauleitung zu wählenden Personen müssen ihren Wohnsitz am **Vorort** (nicht Wohnort) haben.

* * *

Um die Statistik zu einer möglichst einwandsfreien zu gestalten, ersuchen wir schon jetzt, ständig darauf bedacht zu sein, dieselbe recht gewissenhaft und regelmäßig auszufüllen. Die Vorstände der Zahlstellen mögen sich deshalb von Zeit zu Zeit von der Ausfüllung der kleinen Fragebogen überzeugen. Besonders weisen wir darauf hin, daß die Todesanzeigen der verstorbenen Kollegen nicht in der Weise eingeschickt werden, wie dies nötig ist. Es wurden eine Unmasse Nachrufe im Steinarbeiter veröffentlicht, von welchen aber Todesanzeigen nicht an uns gelangt sind. Die Statistiker sind verpflichtet, dies **sofort** nachzuholen und diese Todesanzeigen an uns einzusenden.

* * *

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei einer vorkommenden Maßreglung sofort an den Zentralvorstand berichtet wird. Die Gewährung der Unterstützung wird von obigem Bericht abhängig gemacht. Im übrigen verweisen wir auf das Statut.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

An die Versammlungs-Schriftführer.

Die Redaktion ersucht die Schriftführer, die Berichte doch endlich kürzer fassen und deutlicher schreiben zu wollen.

Will man in Zukunft Streichungen aus dem Wege gehen, so mögen diese Zeilen Beachtung finden.

Wo soll das hinführen, wenn die Berichte so unendlich lang und dabei doch sehr inhaltlos gehalten sind.

Man verlangt, daß auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, dem der Gewerbegerichts- und anderer gerichtlicher Urteile sowie des Submissionswesens mehr als bisher im Steinarbeiter Bezug genommen werden möchte. Dieses kann trotz des größern Formats des Steinarbeiters nur dann geschehen, wenn die Berichterstatter nur das wichtigste von den Versammlungen der Oeffentlichkeit übermitteln wollten.

Chemnitz. Am 11. Januar tagte in der Wartburg zu Chemnitz eine mäßig besuchte Versammlung der Steinarbeiter, welche sich mit der Gründung einer Zahlstelle des Verbands zu beschäftigen hatte. Nach vorangehender Erläuterung des Vertrauensmanns wurde einstimmig beschlossen, dem Verband beizutreten, desgleichen erklärten die Marmorschleifer, sich demselben anzuschließen. Der Lokalvorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Uhlmann, Robert Rülke, Bruno Reichold-Chemnitz, Richard Meier und Oskar Wunderlich. Weiter wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten; macht sich früher eine Versammlung nötig, so ist der Vorstand ermächtigt, dieselbe einzuberufen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung kritisierte Kollege Golsche in scharfer Weise das Verhalten der Geschäftsleitung den Kongreßbeschlüssen gegenüber. Die Umwandlung der Organisation in einen Verband sei damit begründet worden, daß sich die Unterstützungen besser regeln würden; leider ist das nicht der Fall, das beweist die Reiseunterstützung. Golsche macht der Geschäftsleitung für diese Unterstützung folgenden Vorschlag: täglich 25 Kilometer zu reisen und an größeren Orten mehr Aufenthaltstage zu gewähren. Sollte aber die Sache nicht geändert werden, so würden sich die reisenden Kollegen eine eigene Kasse gründen müssen. Weiter wurde im § 4. Erläuterung, ein Druckfehler bemerkt.

Leipzig I. Im Römischen Hof fand am 15. Jan. eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Versammlung des hiesigen Gewerkschaftskartells; 2. Der Bildhauerstreik; 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt berichtete der Kollege Staudinger in Vertretung des erkrankten Kollegen Heidemann über die letzte Versammlung des Gewerkschaftskartells. Aus dem beifällig aufgenommenen Bericht ist besonders die geplante Errichtung eines Arbeitersekretariats hervorzuheben. Die Versammlung erkannte an, daß es für Leipzig wohl notwendig sei, ein derartiges Auskunftsinstitut ins Leben zu rufen und beschloß demgemäß. Da durch das schon längere Kranksein des Kollegen Heidemann die Steinarbeiter ohne Vertretung im Gewerkschaftskartell sind, wählte man die Kollegen Wenzig und Kampfret zu Kartelldelegierten. Den Bildhauerstreik betreffend wird festgestellt, daß die Steinmetzen Böttcher, Otto und Ritter Bildhauerarbeiten am Rathausneubau anfertigen und somit den streikenden Bildhauern in den Rücken fallen. Ferner ist aus den Ausführungen des Bildhauervertreters Genossen Stein hervorzuheben, daß dessenungeachtet der Bildhauerstreik noch immer zu den besten Hoffnungen berechtigt. Im Gewerkschaftlichen werden für die Meeraner Weber 75 Mark bewilligt, wovon 30 Mark schon abgeliefert sind. Hierauf gibt der Vorsitzende bekannt, daß der jetzt geltende Tarif am 30. März abläuft und er schon mit dem hiesigen Obermeister der Steinmetzinnung darüber gesprochen habe. Es wurde ihm aber von dem Obermeister der Steinmetzinnung erklärt, daß die Innung wohl geneigt sei, mit den Gehilfen wieder eine Tarifvereinbarung abzuschließen, aber auf alle Fälle würden die vor Jahren bewilligten 15 Prozent fallen gelassen werden müssen, denn verschiedene Meister wollten überhaupt keinen Tarif. Auf die Vorstellungen des Vorsitzenden, daß doch die Lebensmittel und Wohnungsmieten, überhaupt fast sämtliche Bedarfsartikel für das tägliche Leben, durchaus nicht billiger geworden, sondern im Gegenteil im Preise in die Höhe gegangen seien, antwortete der Herr Obermeister: Das ist alles ganz richtig, da haben Sie ganz recht, aber wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen, müssen wir uns zu diesem Schritt entschließen, da können Sie nun streiken oder machen was Sie wollen. Der Vorschlag, eine Kommission zu wählen, um mit den Meistern in Unterhandlung zu treten, wird auf Antrag Geist auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt.

Leipzig II. Am 20. Januar tagte hier eine sehr zahlreich besuchte Marmorarbeiterversammlung, in welcher Kollege A. Staudinger über das Thema: Der Kampf um Arbeit referierte. Redner schilderte eingehend die Ursachen der Arbeitslosigkeit und warf die Frage auf, was bisher auf gesetzlichen Wegen getan worden sei, um hier mildernd einzugreifen. In Deutschland sowie andern Ländern sei noch nicht das geringste geschehen. Erst in letzter Zeit wird die Frage der Arbeitslosenversicherung, die in einigen Gewerkschaften seit ca. 20 Jahren schon eingeführt ist, auch von den verschiedenen Parteien, sowie den gemeinnützigen und philanthropischen Gesellschaften eingehend besprochen. Geradezu trostlos ist es, wenn man die Statistik der Arbeitslosigkeit in den verschiedensten Berufen verfolgt, wo insbesondere die Steinarbeiter beinahe wiederum an erster Stelle stehen. Daß bei der Arbeitslosigkeit die Eigentumsvergehen zunehmen, ist erklärlich; wenn aber von den Gegnern hervorgehoben wird, daß der weitaus größte Teil der Arbeitslosen aus eigenem Verschulden arbeitslos sei, so ist das eine recht blöde Behauptung, die nur in der bürgerlichen Presse kolportiert wird. Es ist rein lächerlich, wenn die bürgerlichen Sozialpolitiker, insbesondere die in Leipzig, sich die Köpfe darüber zerbrechen: Wann liegt verschuldete oder unverschuldete Arbeitslosigkeit vor? Die vor kurzem von 2000 Arbeitslosen besuchte Versammlung wird diese Spintisierer vielleicht darüber aufgeklärt haben. Bei großer Kälte werden in den königlichen Forsten Futterplätze für das Wild errichtet; wo aber ist der Vater Staat, der für seine 750000 Arbeitslosen nur den Schein vom sozialpolitischen Verständnis

zeigt, das gegenwärtig vom Kanzler Bülow sowie seinem Minister Posadowsky so sehr gepriesen wird. Der Arbeitslose, der von Stadt zu Stadt wandert, wird, weil er mittellos, als Vagabund betrachtet; diejenigen aber, die mit blauen Scheinen ausgerüstet von einem Bade zum andern eilen, sind merkwürdigweise — Touristen, obwohl hier der Ausdruck Vagabund wohl eher zutreffe. Im deutschen Strafgesetzbuch müßte der § 361 mit seinen Absätzen 3, 4, 5 und 8 schon längst verschwunden sein, denn ein Teil der Arbeitsuchenden und dabei Wandernden wird von dieser höchst rückständigen Bestimmung getroffen. Redner schloß mit den Worten: „Vergebens ist das Ansinnen der Rechtsgesellschaft an den einzelnen Menschen, die bestehenden Rechte zu respektieren, wenn sich dieser einzelne innerhalb des bestehenden Rechtssystems wie ein Verlassener vorkommt, angewiesen auf die wenig trostvolle Aussicht, in diesem System — verhungern zu müssen." Zum 2. Punkt erstattete der Kassierer seinen Bericht, wobei die Revisoren bekundeten, daß alles sich in bester Ordnung befand. Die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. In Zukunft erhalten die zureisenden Marmorarbeiter ein freies Nachtlager. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Versammlung geschlossen.

Leopoldsthal in Lippe. Hier tagte eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Der 1. Punkt betraf die Abrechnung des 4. Quartals. Einnahmen 93.65 Mk., Ausgaben 74.85 Mk., bleibt Kassenbestand 18.80 Mk.; dazu kommt der alte Kassenbestand von 56 Mk., also beträgt der gesamte Kassenbestand 74.80 Mk. Punkt 2: Wahl eines Vorstands und zweier Revisoren. Als Vorsitzender wurde der alte Vertrauensmann Philipp Schmidt, welcher sein Amt bisher treu und zur besten Zufriedenheit der Kollegen verwaltet hat, wiedergewählt. Zum Kassierer wurde L. Kraft, als Beisitzer wurde Balthasar Arnold, und als Revisoren Joh. Hemler und Johannes Schneider gewählt. Im Punkt 3: Verschiedenes, wurde noch angeregt, immer zu agitieren, um noch neue Mitglieder zu gewinnen, damit unsre neue Zahlstelle eine immer stärkere werde.

Frankfurt a. M. Am 20. dieses Monats hielten die Steinarbeiter von Frankfurt a. M. und Umgegend eine Mitgliederversammlung, welche trotz der wichtigen Tagesordnung mäßig besucht war. Das Schikanieren seitens der Herrn Poliere scheint die Kollegen noch nicht zu der Einsicht gebracht zu haben, daß sie nur durch eine feste Organisation bessere Behandlung und angenehmeres Arbeiten erzielen können. Zum 1. Punkt: Geschäftliches wurden verschiedene Kollegen aufgenommen. Nachdem gab Kollege Kaufmann die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt wurde. 3. Punkt: Auflösung der Organisation und Eintritt in den Zentralverband der Steinarbeiter. Nach kurzer Diskussion, worin sämtliche Redner erklärten, daß durch die Einführung des Verbandes etwas festes geschaffen sei, wurde die Organisation aufgelöst und zur Wahl des Vorstands geschritten. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Silvester Bachmann, Kassierer Kornelius Kaufmann und Schriftführer Adam Hammerschmitt. Als Revisoren wurden August Goos und Adolf Herrmann gewählt, wovon letzterer auch als Kartelldelegierter zu fungieren hat. Ein Antrag des Kollegen H., worin es heißt, daß der Delegierte vom Kartell alle Vierteljahr über die wichtigsten Punkte Bericht zu erstatten hat, wurde angenommen. Unter Punkt Verschiedenes wurde es bedauert, daß der Steinarbeiter nicht obligatorisch eingeführt worden, wie es schon in vielen Verbänden der Fall ist. Damit unser Sommerfest nicht so spät stattfindet, wurde der Vorstand beauftragt, schon jetzt ein Lokal ausfindig zu machen. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß die Bundesratsverordnung im Frühjahr richtig gehandhabt und die Versammlungen besser besucht werden möchten, schloß er die Versammlung.

Mannheim. Dienstag, den 20. Januar, fand hier eine ziemlich gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der bisherige Vertrauensmann Häffner verlas die Vierteljahrsabrechnung, welche die Revisoren Betzel und Hengsteller für geprüft und richtig erklärten. Hieauf erhoben sich, in Anerkennung der ausgezeichneten Buchführung, die Kollegen zu Ehren des Vertrauensmanns von ihren Plätzen. Bei Punkt: Oertliche Angelegenheiten sprachen sämtliche Redner in ernsten Worten über die jämmerliche, menschenunwürdige Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen, durch ihre Nachlässigkeit in der Beitragsleistung selbst schuld sind, daß die Verhältnisse derartig traurig liegen, da die Unternehmer die Uneinigkeit der Kollegen genau kennen, und wissen, daß wir gerade jetzt, bei der schwachen Mitgliederzahl nicht aktionsfähig sind. Es wurde beschlossen, eine zweite Versammlung einzuberufen, um „weitere Maßnahmen" diesbezüglich zu erwägen. Ferner wurde beschlossen, zur bessern Aufklärung der örtlichen Kollegen jeden dritten Sonntag im Monat eine Versammlung mit einem Referenten einzuberufen, welcher über ein beliebiges, von ihm selbst gewähltes Thema der wirtschaftlichen Tagesfragen, der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bewegung sprechen soll. Wir haben durch die heutigen neun Kollegen, die sich in den Verband haben übertragen lassen, an Zahl das Halbehundert überschritten, und es ist Hoffnung vorhanden, daß wir mit nächstem wieder mit derselben Zahl und Stärke, die wir in der losen Organisation besessen haben, rechnen können. — In den Vorstand wurden in der Versammlung vom 4. Januar gewählt: Als 1. Vorsitzender Kollege Weigand, Kassierer Kollege Käfer, Beisitzender (Schriftführer) Kollege Neubert. Als Revisoren wurden die Kollegen Brunner und Arnold, in die Bauarbeiterschutzkommission Kollege Schaub gewählt. Im Gewerkschaftskartell verbleiben vorläufig weiter, bis zur Neuzusammensetzung desselben, die Kollegen Arnold und Trütschler.

Ulm (Donau). Im Lokal zum Anker tagte heute eine ziemlich gut besuchte Generalversammlung. Der Kassenbericht wurde vom Vertrauensmann gegeben und von den Revisoren, welche Kasse und Kassenbuch geprüft hatten, für richtig befunden. Hierauf wurde dem bisherigen Vertrauensmann durch Erheben von den Plätzen Decharge erteilt. Aufnehmen ließen sich zwei Kollegen. Da der bisherige Vertrauensmann definitiv ablehnte, das Amt als erster Vorsitzender anzunehmen, wurden folgende Kollegen in den Ausschuß gewählt: als erster Vorsitzender Schulze, als zweiter Vorsitzender Klink, als Schriftführer Schmied, als Kassierer Frank, als Revisoren Groß und Walter, als Kartelldelegierte Frank und Plapp. Im Verschiedenen wird beschlossen, das Ortsgeschenk für durchreisende Fremde beizubehalten und in nächster Zeit zu Gunsten der Fremdenkasse eine Sammelliste zirkulieren zu lassen. Im weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, die vom Gewerkschaftskartell arrangierten Diskussionsabende, welche jeden Dienstag im Lokal Hohentwiel stattfinden, fleißig zu besuchen. Es ist da jedem Kollegen Gelegenheit geboten, sich rednerisch zu schulen und auszubilden. Mit einem Appell, fest und treu zur Sache zu halten und dem neugewählten Ausschuß Vertrauen entgegenzubringen, wird die Versammlung geschlossen.

Alt-Warthau. Am 23. Januar tagte hier eine Mitgliederversammlung, welche sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Abrechnung des Monats Dezember und der Krankenkasse; 2. Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkte verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die sich mit den andern Orten verständigen soll. Hierzu wurden die Kollegen Alter, Körner und Braun vorgeschlagen, welche auch annahmen. Unter Verschiedenem sprachen sich sämtliche Kollegen gegen die sogenannte Reiseunterstützung aus. Ein Kollege führte aus, daß es jetzt gerade den fremden Kollegen unmöglich gemacht wird, aus einem Streikgebiet abzureisen. Des weiteren wurde, um dem schwachen Besuch der Versammlungen zu steuern, ein Antrag angenommen, bei jeder Versammlung die Präsenzliste zu verlesen.

Zur Reiseunterstützung.

Nachdem auf dem letzten Kongreß zu Leipzig die Auszahlung der Reiseunterstützung in Tagegelder umgewandelt wurde, dachte doch mindestens jeder Delegierte, den reisenden Kollegen, wenn auch nicht eine größere finanzielle Unterstützung, so doch eine gleichmäßigere Verteilung derselben, gegen den innegehabten Auszahlungsmodus, durch Einführung von Tagegeldern herbeigeführt zu haben. Aber weit gefehlt. Der Mensch denkt, und die Verbandsleitung lenkt. Als der jetzige Statutenentwurf am 6. Verhandlungstag auf dem Kongreß das Licht der Welt erblickte, seitens der dazu gewählten Kommission, und durch die schnelle Durchpeitschung desselben im Plenum (wegen der Kürze der Zeit) auch angenommen war, dachte doch gewiß kein Mensch daran, daß es der zukünftigen Verbandsleitung einfallen würde, die bestehenden Zahlstellen zu reduzieren und auf eine gewisse Zahl zu beschränken.

Gewiß mag das vielleicht eine geringe Entlastung des Kassierers zur Folge haben; aber den reisenden Kollegen, sowie der Gesamtheit, ist damit nicht gedient. Durch die Verringerung der Zahlstellen, wo Geschenk ausbezahlt wird, sowie der großen Entfernung derselben manchmal voneinander, und den Beschluß, es dürfen bloß 2 Tage, resp. an einigen bestimmten Orten 4 Tage ausbezahlt werden, stellen sich die reisenden Kollegen bedeutend schlechter gegen früher. Von einem Bereisen der wilden Gegenden und Brüche, sowie schwarzen Winkeln, seitens der fremden Kollegen, ist selbstverständlich keine Rede, denn jeder ist ja naturgemäß gezwungen, den auszahlenden Reiseunterstützungsorten in Eilmärschen nachzujagen, wie es ja so treffend in einem der letzten Eingesandt bemerkt wurde. Die Folge davon ist, daß die ledigen Kollegen, wenn Arbeitsmangel eintritt und Entlassungen infolge desselben vorgenommen werden, einfach am Orte sitzen bleiben, ihre Ersparnisse aufbrauchen, wenn solche vorhanden sind, oder Schulden machen, um sie im Frühjahr oder bis in den halben Sommer hinein wieder abzuarbeiten, sollte die Konjunktur wieder besser werden und Einstellungen erfolgen, und so deprimierend auf die örtlichen Arbeitsverhältnisse wirken.

Gewiß ist es keinem ledigen Kollegen zu verdenken, wenn er sich im Winter am Orte festsetzt, und anstatt sich auf der Landstraße die Knochen zu erfrieren, lieber auf die Vorzüge der jetzigen Reiseunterstützung verzichtet. Ferner ist zu beachten, daß bei Ausbruch eines Streiks die Abreisen nicht mehr in dem Maßstabe erfolgen wie früher. Was somit an Reiseunterstützung gespart wird, rächt sich wieder an Zunahme von Streikunterstützung. Zu verwundern ist es im weiteren nicht, daß Kollegen, welche sich auf der Reise befinden oder abzureisen gezwungen sind (gleichviel ob ledig oder verheiratet), sich immer mehr das so verwerfliche Briefsystem aneignen, um ja die mangelhafte Reiseunterstützung nicht beanspruchen zu müssen. Als Beispiel, wie das Briefsystem schon eingerissen ist, sei hier bloß ein Fall erwähnt: In einem Orte des Vogtlands (Sachsen) wurde letzten Herbst eine Schule vergeben. Schon einige Wochen vorher, bevor dieselbe vergeben und dem betreffenden Steinmetzmeister am Ort zugeschlagen wurde, hatte derselbe schon über 100 Postkarten erhalten betreffs Nachfrage nach Arbeit, nach seiner Aussage verschiedenen Kollegen gegenüber, und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß mancher Papierkorb der Herren Poliere oder Prinzipale hiezu eine beredte Sprache führen könnte.

Alles dieses führt zu einer grenzenlosen Lauheit, und von einem mannhaften Eintreten solcher Kollegen für ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist selbstverständlich keine Rede. Auch darf nicht vergessen werden, daß mancher Kollege, wenn er auf der Landstraße liegt und einigermaßen nicht so taktfest ist, um dem Jammertal der Landstraße zu entrinnen, einfach sich über Zuzug, Streiks und Sperren hinwegsetzt, und so unsre besten Waffen illusorisch macht. Selbst die verheirateten Kollegen können sich ein Bild von der jetzigen Reiseunterstützung machen, und ich glaube, hievon können auch die Leipziger, Riesaer und Dresdner Kollegen, welche letzten Sommer zum Teil auswärts arbeiten mußten, ein Lied singen, sollte dieses Jahr die Konjunktur wieder so schlecht einsetzen und sie gezwungen sein, auswärts Arbeit zu suchen. Wissenswert wäre es, was sich die Verbandsleitung wohl gedacht hat, bei der jetzigen Einteilung zu der Entfernung der verschiedenen Orte, wie z. B. die Tour Mannheim, Karlsruhe, Straßburg, Freiburg, Konstanz, Stuttgart; oder Konstanz, Ulm, München, Nürnberg, Bayreuth; oder Dresden, Bautzen, Bunzlau, Löwenberg, Berlin, Hamburg 2c.

Hier ist es doch gewiß den Reisenden unmöglich, die Zahlstellen innerhalb zwei Tagen zu erreichen. Im Gegenteil, manche dieser Städte liegen 6 bis 8 Tage auseinander. Was ist nun das Los eines solchen Kollegen, der sich gegenwärtig auf einer solchen Tour befindet? Die 1.20 Mark, die er zuletzt erhalten hat, sind vielleicht schon aufgebraucht, bevor er der betreffenden Stadt wieder den Rücken kehrt? Was nun anfangen? Etwa einen Diebstahl begehen? Dazu sind unsre Kollegen, trotzdem sie vielleicht noch manche Untugend haben, doch noch zu ehrlich. Da heißt es dann einfach fechten gehen auf Teufel komm raus, und das Ende vom Lied ist: erwischt und eingesperrt, einige Wochen in Untersuchungshaft, dann schließlich ein paar Tage Haft oder, wie es in einigen Gegenden Bayerns üblich ist, 6 bis 12 Wochen Haft, bloß wegen einem Stückchen Brot oder ein paar Pfennigen Schlafgeld. Dann sich aber ja nicht mehr erwischen lassen, sonst winkt vielleicht das Arbeitshaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein andrer Weg ist der: Man legt sich, unter irgend einem Vorwand, wie es ja schon so manche Kollegen getan haben, in ein Krankenhaus, um dann nach einigen Wochen, wenn die Witterung wieder besser ist, gestärkt durch die vielen Wassersuppen und mit aufgedunsenen Backen, wieder der nächsten Zahlstelle zuzusausen. Ist nun ein solcher Kollege durch den Aufenthalt im Gefängnis oder im Krankenhaus längere Zeit außer Arbeit, so daß seine Papiere kein Auge der Polizei mehr erblicken darf, so heißt es, so schnell wie möglich Arbeit suchen um jeden Preis. Gerät nun einer zufällig in einen finstern Winkel und bekommt da Arbeit, dann wird er seinen Mitkollegen wohl auch seine Reiseerlebnisse erzählen: Von seinem Aufenthalt in den vier kahlen Wänden mit den hübschen Rundstäben in der Lichtenweite, oder von seinen Dauerläufen und seiner Ausreißerei vor der Polizei auf seinen Bettelfahrten, und die betreffenden indifferenten Kollegen werden wohl begeistert sein, ja für den Kollegen wohl, aber nicht für unsern Verband, der seinen Mitgliedern solche Chancen bietet.

Auch ist nicht zu vergessen, daß wir eine ganze Zahl älterer Kollegen jährlich auf der Reise haben, welche sich stets ein ganz gut Teil des Jahres auf der Landstraße befinden, warum, weil kein Unternehmer sie gern einstellt, da sich ja genügend jüngere Arbeitskräfte finden. Diese ersteren nun haben, sei es aus Abneigung gegen das weibliche Geschlecht oder weil sie das Glück oder Unglück nicht hatten, ein weibliches Wesen durch den Bund der Ehe an sich zu fesseln, keine bleibende Stätte. Höchstens, des Wanderns müde, in einem Krankenhaus oder Arbeitshaus, wo sie mit ihren defekten Lungen Aufnahme finden, und durch Anwendung verschiedener Palliativmittel ihres Leidens erlöst, den letzten grünen Schein ausgestellt bekommen, zum Antritt der letzten Reise — ins bessre Jenseits. Dort haben sie dann allerdings Zeit, über unsre bewährte Reiseunterstützung nachzudenken. Es wird vielleicht nun eingewendet, daß die betreffenden Orte, welche keine Unterstützung auszahlen, noch Platzgeschenke oder sonst örtliche Unterstützung geben. Es mag dies ja zugegeben werden; denn für ausgesteuerte Kollegen, denen ihre Reisekarte abgelaufen ist, ist es selbstverständlich Pflicht jedes Ortes, einen Extrabeitrag an die betreffenden Kollegen zu steuern. Doch mit den Platzgeschenken hat es seine Schattenseite. Man nehme nur die gegenwärtige Zeit an, wo so viele Kollegen arbeitslos sind, in manchen Orten die Arbeit zum Teil ruht und diejenigen Kollegen, die das Glück haben, noch in Arbeit zu stehen, aber selber nicht soviel verdienen, daß es zum Lebensunterhalt langt, da wird für Platzgeschenke wohl nicht viel übrig bleiben. Hätte nun die Geschäftsleitung, anstatt die Unterstützungsorte zu vermindern, die früheren Zahlstellen mit Auszahlung bestehen lassen, mit dem Hinweis, daß diejenigen Kollegen, denen es nicht möglich ist, eine Zahlstelle in zwei Tagen zu erreichen, ihren Unterstützungsanspruch weiter behalten, gleichviel ob 2, 4 oder 6 Tage fällig sind seit der letzten Reiseunterstützungszahlung, so wäre den reisenden Kollegen damit gedient und es denselben eher möglich, finstere Winkel aufzusuchen und somit das Feld der Agitation zu bearbeiten zum Wohle der Gesamtheit. Denn eine Tatsache ist es, daß durch das Bereisen unsrer Kollegen durch indifferente Gegenden, und schließlich bekommt der eine oder andre doch Arbeit, den dortigen Kollegen der Begriff und Zweck unsres Verbandes eher klar gemacht wird, als wenn ab und zu einer unsrer Agitatoren eine großartige Rede hält, und sobald derselbe wieder fort ist, die Begeisterung für den Verband wieder verflogen ist, wie die Spreu im Winde. Möchte also die Verbandsleitung oben Angeführtes beherzigen und die Unterstützung erweitern, so wird sie gewiß nach der Ansicht vieler Delegierten auf dem letzten Kongreß handeln. Ebenso werden die Klagen über die mangelhafte Reiseunterstützung von selbst aufhören. Sollten sich dann noch Gegner finden, so möchte ich der Verbandsleitung den guten Rat geben, dieselben einmal vier Wochen auf die Reise zu senden ohne Mittel, um die jetzige Reiseunterstützung an sich selber zu probieren.

Möglich ist ja, daß vielleicht von verschiedenen Seiten eingewendet wird, wir steuern einer Versorgungsanstalt entgegen; doch jeder objektiv Denkende muß zugeben, daß bei einem Tagegeld von 60 Pfg. unsre reisenden Kollegen nur vor der äußersten Not geschützt sind. Wohl dem, der nicht in die Lage kommt, diese 60 Pfg. pro Tag beanspruchen zu müssen.

Bunzlau. K. Berenbold.

Eingesandt.

Am 1. Januar wurde unsre Organisation in einen Verband der Steinarbeiter umgewandelt, und warum? Weil man, wie bekannt, mit der alten Form schon mehrere Jahre einen Stillstand zu verzeichnen hatte. Auch wollte man mit der Verbandsform eine bessere Uebersicht gewinnen. Den Stillstand in der Organisation hatte man wohl am meisten der mangelnden Agitation zuzuschreiben; die Agitationskommissionen bewährten sich nicht, wie man es erwartet hatte, deshalb kam man auf dem Kongreß in Leipzig zu dem Entschluß, damit die Zahlstellen mehr Fühlung miteinander erlangen, ganz Deutschland in Gaue einzuteilen. Zu diesem Punkte hat nun der Zentralvorstand, wie aus dem Leitfaden zu ersehen ist, angeordnet, daß die zu einem Gau gehörenden Vereine (Zahlstellen) im Einverständnis mit dem Zentralvorstand einen Gauleiter zu wählen haben, der dem Vorstand verantwortlich ist. Der Vorstand bestimmt auch den Sitz des Gauvorstands. Das verstehe ich nun dahin: Die zum Gau gehörenden Zahlstellen haben sich miteinander in Verbindung zu setzen, haben die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen zu erörtern und danach ihre Vorbereitungen zur Wahl des Gauvorstands zu treffen. Diesen Anordnungen sich zu fügen, hat man aber im Gau Dresden nicht für nötig gehalten, denn schon ehe der Vorstand die definitive Zugehörigkeit der Zahlstellen und die Zeit der Wahlen bekannt machte, hat man in Dresden den Gauleiter gewählt. Dies wäre an und für sich nicht verwerflich, verwerflich aber ist es meiner Ansicht nach, wenn man dabei den Anordnungen des Vorstands zuwider verfährt. Zum Gau Dresden gehören nach der letzten Bekanntgabe 16 Zahlstellen, man hat es aber nicht für nötig gefunden, sich mit diesen in Verbindung zu setzen, sondern man hielt ganz einfach eine Agitationssitzung ab, zu welcher die leitenden Personen von Dresden, Pirna und Neundorf zugezogen wurden, und da beschloß man die Wahl des Gauvorstands, welche auch, wie man im Steinarbeiter lesen kann, am 15. d. M. bereits stattgefunden hat. Es scheint mir, als ob die Herren von Dresden und Pirna in ihrer alten hochtrabenden Weise weiter wursteln wollten, denn anders kann ich das Vorgehen bei einer so tief einschneidenden Frage nicht beurteilen. Meiner Ansicht nach müssen wir endlich einmal darauf sehen, die Leute in den Bruchgebieten zu uns heran zu ziehen. Die Versicherung kann ich den Kollegen in den Städten geben, und nicht nur von Dresden und Pirna: solange Sie die Brucharbeiter — und hier kommen hauptsächlich die Brecher in Betracht — nicht gewinnen, werden die Lohnkämpfe mehr oder weniger erfolglos sein. Denken Sie sich einen Lohnkampf, in welchem die Brecher des ganzen Elbsandsteingebietes auf unsrer Seite stünden, so daß kein Rohmaterial mehr geliefert würde, dann werden Sie mir zugeben, daß der Kampf in kurzer Zeit zu unsern Gunsten ausfallen würde. Diese Leute kann man aber nun nicht gewinnen, wenn man sie abstoßend behandelt, man muß vielmehr ihr Vertrauen zu gewinnen suchen und das kann man nur, wenn man Fühlung mit ihnen hat. Deswegen protestieren wir gegen die Veranstaltung der Wahl der Gauleitung. Ich glaube, diese 13 Zahlstellen, welche nicht um ihre Meinung gefragt worden sind, stehen zusammen in Bezug auf die Zahl der Organisierten den 3 Zahlstellen nicht nach, und wenn es wirklich der Fall wäre, so glaube ich, hat die Minderheit doch dasselbe Recht im Verbande, wie die Mehrheit. Ich für meine Person würde, auch wenn ich geeignet für dieses Amt wäre, mich unter den Umständen für die Wahl bedankt haben, wie es auch andre gethan haben. Ich kann weiter nur darauf hinweisen, daß man es unter solchen Umständen auch im Verband zu nichts bringen wird. Der Verband ist wohl errichtet, um etwas einheitlicheres zu schaffen. Dann muß man aber auch bei allen die große Masse berührenden Fragen soviel wie möglich die Vertrauensleute der einzelnen Zahlstellen heranziehen, um die verschiedenen Verhältnisse kennen zu lernen. Weiter muß man in Betracht ziehen, daß es nicht in jeder Zahlstelle Leute gibt, welche ihre Kollegen über derartige Fragen genügend aufklären können. Diese muß man aufzuklären suchen, damit es auch in diesen Gegenden Licht werde. Ich kann nur die Kollegen, welche diese Wahl eingeleitet haben, bei später vorkommenden Fällen ersuchen, anders zu verfahren, sonst müssen wir unser Verhalten anders einrichten, denn wir sind durchaus nicht gewillt, das, was wir mühsam aufgebaut, durch andre wieder zerstören zu lassen.

Hamann.

Die Firma A. B. Schulze-Dresden kontra Redaktion des Steinarbeiters wiederum vor Gericht.

Der Steinmetzmeister Anton Richard Schulze stellte wegen den Artikeln im Steinarbeiter, die in Nr. 24 und 25 über seine Firma enthalten waren, Beleidigungsklage, die auch am 12. November vorigen Jahres zum Austrag kam und wobei Kollege Staudinger zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. In Nr. 47 vorigen Jahres berichteten wir eingehend über die stattgefundene Verhandlung, wodurch Herr Schulze sich wiederum beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Dieser Termin fand am 21. Januar vor dem Schöffengericht Dresden statt. Der Beklagte A. Staudinger wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Bernhardt vertreten. Im nachstehenden geben wir über die Verhandlung einen eingehenden Bericht, welchen wir der Sächsischen Arbeiter-Zeitung entnehmen.

Die Verhandlung war wiederum recht interessant. So beantragte Rechtsanwalt Dr. B., nachdem die Begründung des erwähnten Urteils verlesen war, auch die Verlesung des im Steinarbeiter erschienenen Gerichtsberichts, bat aber um Weglassung einer Stelle, die eine Kritik seiner Tätigkeit als Verteidiger enthalte. (Es wird in dem Bericht von seiner ausgezeichneten Rede gesprochen. D. B.) Diesem taktvollen Ersuchen wurde indes von dem gegnerischen Anwalt Dr. Schopper mit der Bemerkung widersprochen: „Die Stelle ist gerade interessant." (!) Dem Wunsche Dr. B.s wurde denn auch nicht entsprochen. (!) Nach diesem kleinen bezeichnenden Intermezzo und nach Verlesung des umfangreichen Artikels begannen sofort die Plaidoyers. Der Verteidiger der Privatklägerin bemerkte, daß, wenn in der früheren Verhandlung davon hätte gesprochen werden können, daß keine beleidigenden Worte gebraucht wären, so sei dies diesmal anders. Die Bezeichnung Scharfmacher sei schon allein geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß dem, gegen den er gebraucht werde, etwas Uebles nachgeredet werden solle. Auch sei es ehrenkränkend, wenn jeman-

dem das Verständnis für die sozialpolitischen Fragen der Gegenwart abgestritten werde. Aus dem ganzen Artikel gehe die Tendenz hervor, Schulze wieder eins auszuwischen, ja, es bestehe sogar die Vermutung, (!) St. habe direkt beleidigen wollen; daß er dies fast (!) wider besseres Wissen getan. Insbesondere aber bemängelt er, daß in dem Berichte die Ausführungen der beklagten Partei sehr ausführlich, die Argumente der gegnerischen Partei aber nur kurz wiedergegeben worden seien. (Was geht das den Herrn Anwalt an? Die Redaktion.) Verteidiger Dr. B. führte aus: Man könne einer Zeitung keinen Vorwurf machen, wenn sie die gegnerischen Ausführungen nicht ebenso ausführlich bringe, wie die auf ihrer Seite gemachten. Indes sei kein Wort etwa besonders herausgegriffen und tendenziös verwertet worden. Viel eher als Herr Schulze könnte sich Herr Fetisch, der Vertrauensmann der Steinarbeiter, beleidigt fühlen, denn während Scharfmacher eine allgemein auch besonders im Parlament gebräuchliche Bezeichnung für Leute wie der verstorbene Abgeordnete Stumm sei, die eine Sonderpolitik gegen die Arbeiterorganisationen befürworteten, habe Herr Schulze den Vertrauensmann der Steinarbeiter einen Hetzer genannt. Dies Wort sei schon an sich beleidigend, nicht aber das Wort Scharfmacher. Tatsache sei, daß die Firma Sch. sich abseits von den andern Unternehmern ihrer Branche halte. Dies sei Sonderpolitik und wäre als Scharfmacherei bezeichnet worden. Dem Beklagten stehe aber auch § 193 zur Seite. Er habe durch die Veröffentlichung des Berichts und durch die in dem Nachsatz enthaltenen Wendungen den Nachweis erbringen wollen, daß er trotz der erfolgten Verurteilung kein Ehrabschneider, sondern ein Mann ist, der nach reiflichen Erkundigungen etwas behauptet hat, was er nachträglich nicht Punkt für Punkt völlig nachweisen konnte. Der Gegenverteidiger Dr. Schopper entgegnet: daß ein Ausdruck im Parlament falle, berechtige noch nicht, daß er dann allgemein üblich werden könnte. So sei kürzlich im österreichischen Parlament das Wort Lausbub gebraucht worden, deshalb dürfe man dies aber doch nun nicht auch gegen andre anwenden. — Zu diesem „treffenden" Vergleich bemerkt Verteidiger Dr. B.: Das Wort Lausbub würde im Parlament sofort gerügt, nicht aber das Wort Scharfmacher; der Unterschied zwischen beiden Worten sei eben der, daß Lausbub unparlamentarisch und beleidigend, Scharfmacher aber im Parlament allgemein gebräuchlich und nicht beleidigend sei. Des weiteren ließ Herr Dr. Sch. gegen Dr. B. noch die bezeichnende Bemerkung fallen: Er liebe es nicht, lange Reden zu halten, weil er sicher wisse, daß sie nicht in der nächsten Nummer des Steinarbeiters abgedruckt würden. Hierauf entgegnet der so Angegriffene: Er liebe es nicht, sich auf das persönliche Gebiet zu begeben; übrigens wisse ja Herr Dr. Schopper schon von früher, wie weit er ihm in solchen persönlichen Dingen folge. Nach diesem vielseitig interessanten und bezeichnenden Verlauf der Verhandlung wurde Staudinger zu 300 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils verurteilt. Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben, daß die inkriminierten Stellen als beleidigend angesehen worden sind und der § 193 nicht in Anwendung gekommen ist. (!)

Soziales.

Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1900 berechnet R. E. May im Januarheft des Schmollerschen Jahrbuches 1903 und vergleicht es mit dem Volkseinkommen des Jahres 1895, das er schon im Januarheft 1899 in seiner Arbeit: Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der „kleinen Leute", der Wohlhabenden und Reichen, berechnet hatte. May kommt zu folgenden Resultaten. Das deutsche Volkseinkommen ist von 25,4 Milliarden Mark im Jahre 1895 auf 31,2 Milliarden Mark im Jahre 1900, also um 5,8 Milliarden oder 22,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 7,8 Proz. Dieses Plus verteilt sich jedoch recht ungleichmäßig. Die Einkommen unter 3000 Mk. sind von 19,5 auf 22,9 = 3,4 Milliarden Mark oder 17 Proz. gestiegen, während die Einkommen über 3000 Mk. von 5,9 auf 8,3 = 2,4 Milliarden Mark oder 41 Proz. gestiegen sind. Auf die oberen Einkommen entfallen rund 1,1 Milliarden mehr und auf die unteren ebensoviel weniger als bei gleichmäßiger Verteilung des Gesamt-Mehreinkommens. Im Jahre 1895 machten die Einkommen unter 3000 Mk. 76,8 Proz. des Gesamt-Volkseinkommens aus, im Jahre 1900 nur 73,4 Proz. May schließt aus der unverhältnismäßigen Steigerung der oberen Einkommen, daß der Unternehmergewinn stärker gestiegen ist als der Arbeitslohn.

Die Steigerung des Lohneinkommens der bei den staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Versicherten berechnet May für die Jahre 1896—1900 pro Kopf des Versicherten auf 9,27 Proz. Der Gesamtlohn der Versicherten ist von 7,3 auf 8,8 = 1,5 Milliarden Mark oder 21,1 Proz., die Zahl der Versicherten von 11,47 auf 12,71 = 1,24 Millionen Personen oder 10,8 Proz. gestiegen — bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 6,24 Proz.

Der Verdienst sämtlicher 1½ Millionen erwerbstätiger Kinder macht nach Mays Berechnungen noch nicht den dreihundertsten Teil des Volkseinkommens aus, was den Verfasser veranlaßt, auszurufen: „Und solcher Lappalie wegen wird Gesundheit und Lebensfreude der heranwachsenden Generationen und damit gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit vermindert!"

Gerichtliches.

Wie man ausständige Arbeiter verurteilt. In Luckenwalde fungiert der als Sozialistentöter zu Namen gekommene Bürgermeister Suchsland auch als Amtsanwalt. Dieser Herr hatte kürzlich Gelegenheit, sich gegen ausständige Arbeiter zu betätigen. Die bisher gänzlich unbestraften Maurer Gleichner und Ernecke aus Luckenwalde waren vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu dem höchsten Strafmaß von je drei Monaten Gefängnis verurteilt, wogegen sowohl sie, wie der Luckenwalder Amtsanwalt, Bürgermeister Suchsland, dem diese horrende Strafe noch nicht hoch genug war, Berufung eingelegt hatten. Der Staatsanwalt nahm aber vor Eintritt in die Verhandlung diese juristisch nicht stichhaltige Berufung zurück. Am 31. Mai v. J. arbeiteten einige Maurer noch während des Streiks auf dem Bau des Schlossermeisters Schulze weiter und erregten dadurch den Unwillen der Streikenden, die ihnen Schimpfworte zuriefen. Gleichner, der anfänglich gegen den Streik war, sich aber dem Beschluß der Majorität gefügt hatte, kam zufällig bei dem Bau vorüber. Er fragte die arbeitenden Maurer, ob sie nicht wüßten, daß gestreikt würde und setzte hinzu, sie sollten sich schämen, hier zu arbeiten. Ernicke gab zu, daß er einige Schimpfworte gebraucht hatte, die aber nicht darauf hinausliefen, die arbeitenden Maurer durch Ehrverletzung zur Niederlegung der Arbeit zu bestimmen. Die hohe Strafe war vom Schöffengericht mit Rücksicht darauf erkannt, daß zwei Tage nach dem Vorfall eine fertiggestellte Mauer auf dem Schulzeschen Bau eingerissen wurde, ohne daß man einen Beweis dafür hatte daß die Angeklagten daran beteiligt waren. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Rechtsanwalts Wolfgang Heine und sah die Tat der Angeklagten als einen sehr leichten Fall an. Die Strafe wurde gegen Gleichner auf drei Tage Gefängnis, gegen Ernicke auf 7 Tage Gefängnis herabgesetzt.

Der Streit um das Verbandsvermögen der Porzellanarbeiter, der seinerzeit in den gewerkschaftlichen Kreisen ganz Deutschlands Aufsehen erregte, hat nunmehr noch zu einer Verurteilung der Witwe und eines Sohnes des verstorbenen Verbandskassierers Bey geführt. Sie weigerten sich bekanntlich, das Geld, das auf den Namen Beys in der Reichsbank angelegt war, herauszugeben, knüpften vielmehr die Bedingung einer Rente an die Witwe daran, auch versuchten sie gemeinschaftlich, das Geld — über 100000 Mk. — abzuheben. Die Witwe Bey wurde wegen Betrugs vom Berliner Landgericht zu 2 Wochen, der Sohn, Tischlermeister Hugo Bey, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Das Geld ist inzwischen dem Verband ausgeliefert worden.

gt. **Vier Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines Bürgermeisters.** Genosse Albert Rudolph, Redakteur der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, hatte sich noch kurz vor seiner Uebersiedlung von Nürnberg nach Stuttgart einen Prozeß zugezogen, der mit seiner Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis endete. Das Verbrechen soll in einer Rede begangen worden sein, in der Genosse Rudolph dem Nürnberger Bürgermeister, wie die Anklage behauptet, Gemeinheit und Niedertracht vorgeworfen haben soll. Genosse Rudolph bestritt dies entschieden, er habe nur von der freisinnigen Stadtverwaltung gesprochen, die alles daran setze, um ihre gemeinschädliche Alleinherrschaft auf dem Rathause aufrecht zu erhalten. Polizeikommissar Gerner behauptete jedoch das Gegenteil; auf die Aussagen der Entlastungszeugen wurde kein Gewicht gelegt und Rudolph zu obiger Strafe verurteilt.

Rundschau.

Der Leipziger Steinbildhauerstreik am Rathausneubau dauert nun bereits 11 Wochen. Die Streikenden ließen kein Mittel unversucht, Verhandlungen anzubahnen, um eventuell eine Einigung zu erzielen. Zu diesem Zweck fanden vor dem Gewerbegericht Einigungsverhandlungen statt; aber die Vorschläge vom Einigungsamt wurden von seiten der — Unternehmer rundweg abgelehnt. Sehr interessant waren die Ausführungen des Gehilfenvertreters Stein, der äußerst sachlich, dabei sehr eingehend, den Standpunkt seiner Kollegen darzulegen verstand. Die Unternehmer dagegen zeigten schon durch ihr brüskes Auftreten, daß sie nicht gewillt sind, den berechtigten Forderungen der Gehilfen Konzessionen zu machen.

Der Zentralverband der Elektromonteure und Berufsgenossen Deutschlands hat sich aufgelöst; dessen Mitglieder treten unter teilweiser Anrechnung ihrer Mitgliedschaft auf die verschiedenen Karenzzeiten des Deutschen Metallarbeiterverbands zu diesem über.

Der Herr Obermaurer. Aus den Spandauer Staatswerkstätten wird berichtet, daß am Montag die Arbeiterausschüsse der sechs technischen Institute in einer Konferenz mit einem Kommissar des Ministeriums, einem Major aus Berlin, sich über die Einführung folgender Titel für Arbeiter in den Spandauer Staatswerkstätten geeinigt haben: statt Mechaniker 1. und 2. Klasse: Mechaniker und „Feinmechaniker", statt „Handlanger" und „gewöhnlicher Arbeiter": „Verwaltungs- und Depotarbeiter"; statt „Gärtner 1. und 2. Klasse" — Gärtner und Obergärtner; statt „Maurer 1. und 2. Klasse": Maurer und — Obermaurer!!

Juristische Vorträge veranstaltet der Deutsche Bergarbeiterverband für die Beisitzer des Berg-Gewerbegerichts im Bezirk Dortmund. Für den ersten dieser Vorträge, der am 18. Januar in Dortmund stattfand, ist der Rechtsanwalt Genosse W. Heine gewonnen worden. Diejenigen Berg-Gewerbegerichtsbeisitzer, die im alten Verband organisiert sind, erhalten zu diesen Vorträgen Fahrkarten dritter Klasse, außerdem 1 Mk. Tagegelder. Man sieht wiederum, welch wachsendes Interesse die Arbeiter an der Sozialgesetzgebung besitzen, aber auch die Gewerkschaften scheuen keine Opfer, die Mitglieder darüber aufzuklären.

Eine Krankenkasse geschlossen. Der Polizeipräsident in Berlin macht bekannt, daß die Wohlfahrt, Krankenkasse für ganz Deutschland zu Berlin, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 135, die durch Beschluß des Bezirksausschusses 1901 vorläufig geschlossen war, nunmehr durch Urteil desselben Gerichts vom 13. Januar 1903 endgültig geschlossen worden ist.

Die Freiheit der Wissenschaft. Der derzeitige Rektor der Berliner Universität, Professor Gierke (Jurist), hat der Freien wissenschaftlichen Vereinigung an der Universität Berlin verboten, sich einen Vortrag von Eduard Bernstein über Proudhomme und Lassalle halten zu lassen. Will er die Universität einmal zu einer Kleinkinderbewahranstalt machen, so sollte er doch auch gleich gründlich sein und mit zureichenden Mitteln arbeiten. Wir empfehlen Herrn Professor Gierke zu diesem Zwecke eine Studienreise nach Rußland.

Litterarisches.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Siebenter Jahrgang. Heft 1. 2. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. Preis des Heftes 10 Pfg.

Der neue Jahrgang bringt als Hauptroman ein Werk des ungarischen Dichters M. Jokai: Der Goldmensch, daneben die Erzählung: Frau Therese von Erckmann-Chatrian.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 16. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Konzessionsschulzes. — Sombarts „historische Sozialtheorie". Von Max Adler. I. — Industriewucher. Von Gustav Hoch, Hanau. I. — Reichsfinanzen und -Finanzreform. Von Albert Südekum. — Jaurès und die französische Kirchenpolitik. Von K. Kautsky. — Notizen: Die Krisis im Baugewerbe. Die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit in Frankreich. — Literarische Rundschau: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

August Bebel, Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die Demokratische Korrespondenz. 11. Auflage. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. Preis 30 Pfg.

Im Jahre 1869 hatte Bebel in einer Versammlung in Stuttgart eine Polemik mit einem Mitgliede der Volkspartei. Ein Organ dieser Partei, die Demokratische Korrespondenz, zog in drei langen Artikeln gegen Bebels sozialistische Tendenzen zu Felde. Im Leipziger Volksstaat vertrat Bebel seine Anschauungen und so entstand die Broschüre, die seitdem in der Partei große Verbreitung gefunden hat und jetzt von der Parteibuchhandlung, durch immer noch starke Nachfrage veranlaßt, neu herausgegeben wurde. In seinem Vorwort zu dieser Auflage sagt Bebel: „Daß die Schrift noch immer Leser findet, ist wohl dem Bestreben zuzuschreiben, sich über eine Periode in der Bewegung zu unterrichten, die zweifellos eine interessante war, ohne die die Bewegung nicht wäre, was sie heute ist."

Prof. Dr. F. C. Huber, Die Kartelle. Ihre Bedeutung für die Sozial-, Zoll- und Wirtschaftspolitik. Geheftet 2 Mk. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Von der Hütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Wallfisch) ist soeben das 20. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Polenz. — Winternacht. Gedicht von Gottfried Keller. — Das Christentum. Von J. Stern. — Aus der Jugendzeit des Kommunismus. Von Gustav Jaeckh. — Das Kind. Gedicht von Friedrich Hebbel. — Die Prügelstrafe. Von Paul Bröcker. — Tierfüße. Von X. Y. Z. — Der stille See. Märchen von Karl Ewald. — Mit zwei Worten. Gedicht von Konrad Ferdinand Meyer. — Waldverwüstung von Fred Hood. — Willis Geburtstag. Von Wilhelm Wahl. — Büchertisch. — Notizen. — Kunstbeilage: Hans Holbein der Jüngere: Porträt der Frau und zweier Kinder von Hans Holbein.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

München. Ersuche den Kollegen Joh. Tenze, mir seine Adresse mitzuteilen, da für ihn ein Brief aus Oesterreich an mich gelangt ist.
Jos. Fuchs, Vorsitzender, München, Zenettistr. 9, III.

Adressen-Aenderungen.

Düsseldorf. Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen Johann Hooven, Rethelstr. 145, II, ausgezahlt.

Hannover. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt Wochentags von 12—1 Uhr Mittags, 7—8 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags Hildesheimer Str. 53, IV.

Konstanz. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege J. Meichelbeck im Restaurant Klosterkeller, Spanierstr., von 12—1 Uhr Mittags und von 6—7 Uhr Abends aus.

Mannheim. Reiseunterstützung wird von heute ab, Abends von 6—7 Uhr ausbezahlt bei Kollege Wilh. Käfer, T. 2. 15, III. r.

Nürnberg. Die Reiseunterstützung wird am Bahnhofsneubau, Werkplatz Holzmann, ausbezahlt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 24. Januar 1903:

Beuthen, Beitrag 3.50, Delegiertensteuer 0.50; Dorsten, IV. Qu. 1.80; Pilgrammsreuth, Beitrag 18.75, Delegiertensteuer 0.25; Hof, Beitrag 4.50, Delegiertensteuer 0.25; Klein-Wendern, IV. Qu. 1.20; Wiesbaden, Beitrag 27.95, Maimarken 1.50, Delegiertensteuer 3.25; Lörrach, Delegiertensteuer 0.25; Horn, Beitrag 0.80; Göppingen, Beitrag 17.—; Halle, Ins. 1.80, Beitrag 1.50; Tröstau, Beitrag 470.75; Hausberge, Beitrag 8.—, Extrasteuer 1.—, Delegiertensteuer 0.25; Lübeck, Beitrag 24.75; Krippen, Beitrag 45.75, Stempel 1.—, Beitragsbücher 0.30, IV. Qu. 4.80; Häslich i. Sachs., Beitrag 21.25, Hauptbuch 2.—; Eisenach, IV. Qu. 7.80, Rest III. Qu. 0.20, Ins. 1.20; Itzbach, I. u. II. Qu. 1.80; Häslicht i. Schl., Beitrag 200.75, Delegiertensteuer 4.75, IV. Qu. 24.—; Heilbronn, IV. Qu. 1.20; Königsbrück, I. Qu. 1.80; Metten, Ins. 1.60 (Senft); Görlitz, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 5.—; Ulm, Beitrag 5.—; Hammelspringe, Beitrag 1.20; Wunsiedel, Beitrag 75.—; Jena, Beitrag 18.50, Broschüre 1.20, IV. Qu. 3.—, Gesetzbücher 2.—, Hauptbuch 2.75, Stempel 3.—; Salzburg, I. Qu. 0.90; Wiesbaden, IV. Qu. 9.60; Blomberg, I. Qu. 0.90; Hemsbach, Beitrag 10.50.

F. Lange.

Briefkasten.

Koch, Bremen. Eine Berichtigung ist überflüssig; wir verweisen auf das in nächster Zeit erscheinende Adressen-Verzeichnis.

Heumann, Alt. Leider läßt sich Dein Wunsch nicht erfüllen; es müßte die ganze Einrichtung anders gestaltet werden.

Löwenberg. Ob diese Summe quittiert ist, kann ich nicht wissen. Wende Dich an den Verbandskassierer der Textilarbeiter und lasse Dir eine Quittung übersenden.

M., Ottenhöfen. Es ist beschämend, den Kollegen P. als den Schreiber des Berichts in der Nr. 3 hinzustellen, welches nicht im geringsten zutrifft. Von der Redaktion aber zu verlangen, wer der Einsender des Berichts war, ist doch ganz naiv, weil Du ganz genau wissen solltest, daß der Name nicht genannt wird. Für Denunzianten aber gibt es ein ganz besonderes Sprichwort, welches sich der betreffende hinter die Ohren schreiben möchte.

K., Wiesbaden. Es muß doch genügen, wenn vierteljährlich den Verbreitern des Steinarbeiters die Rechnungen übermittelt werden; allmonatlich diesem nachzukommen, ist einfach mit dem besten Willen unmöglich. Wenn für jeden Monat Zahlung geleistet werden soll, so steht dem ja nichts im Wege. Man darf wohl annehmen, daß jeder Verbreiter selbst weiß, wieviel für die bezogenen Exemplare zu entrichten ist.

D., Bunzlau. Solange sich keine Ab- oder Zubestellungen notwendig machen, braucht nicht hieher berichtet zu werden.

Die Statistik von Pirna sowie etliche Versammlungsberichte mußten wegen Raummangels zurückgestellt werden.

Anzeigen.

Associationen, Geschäftsverkäufe, Hypotheken-Vermittlung 2c. durch **Wilhelm Hirsch, Mannheim, S 6.**

Für den Betrieb eines **Basaltwerkes** für

Pflastersteine u. Schotter

wird ein kaufmännisch und technisch gebildeter **Betriebsleiter,** welcher in gleicher Stellung gewesen ist und die erforderliche Eignung besitzt, ein solches Werk selbständig einzurichten und zu leiten, gesucht.

Offerten wolle man richten unter **Basaltwerk 24** an **Haasenstein & Vogler** in **Reichenberg.**

Todes-Anzeigen.

Am 17. Januar starb unser Kollege, der Steinmetz

Jakob Moos

im Alter von 41 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Zentralverband der Steinarbeiter, Hamburg I.

Am 24. Januar verschied unser Kollege

Emil Richter

im Alter von 29 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die organisierten Steinarbeiter von Dresden.

Im 24. Januar verschied unser treuer Kollege und früherer Vertrauensmann, der Steinmetz

Joseph Sarter

nach zirka zweijähriger Krankheit an der Berufskrankheit im Alter von 40¾ Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Zweigverein der Steinarbeiter Meißens.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.